Der Steinarbeiter

ORGAN des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Herausgeber:
Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.
Verantwortlicher Redakteur:
A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7288 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 23. Sonnabend, den 6. Juni 1903. 7. Jahrgang.

Kollegen! Agitiert für den Verband.

Zur Agitation.

I.

Die Worte „Agitation“, „Organisation“ sind beide wohl so bekannt, daß man mit Recht annehmen darf, es gibt keinen in der Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter, dem dieselben unbekannt wären. Wir beabsichtigen auch nur in kurzen Umrissen auf den Wert und Nutzen der Organisation hinzuweisen, wie auch mit einigen praktischen Winken über die Agitation selbst an der Hand zu sein.

In dem Bewußtsein, daß wir Arbeiter einer Gesellschaftsklasse, dem Kapitalismus, dem Unternehmertum, deren einziges Prinzip ist, uns zu unterdrücken, die es als ein Privileg betrachten, uns nach besten Kräften ausbeuten zu dürfen, gegenüberstehen, haben wir uns eine Vereinigung gegeben, die unsern vereinigten Unternehmern Widerstand leisten soll, und diese Vereinigung ist unsre Organisation.

leisten soll, und diese Vereinigung ist unsre Organisation.

Wir organisieren uns im allgemeinen, um zu bewirken, daß die arbeiterschutzgesetzlichen Bestimmungen überall durchgeführt werden, um unsre elende Lage zu verbessern, indem wir danach hinstreben, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen, des ferneren um den Willkürlichkeiten und den Schikanen seitens der Arbeitgeber kampfbereit zu begegnen.

Wenn nun aber eine Organisation, ein Verein, vorbenannte Aufgaben erfüllen, ausführen will, bedarf er auch zielbewußter, tatkräftiger Mitglieder, mit diesen allein kann und wird eine Organisation sich ausbauen und von den Gegnern als ein Bollwerk angesehen werden, das ihnen Respekt und Achtung abzwingt. Um solche Organisationen zu bilden, muß man agitieren. Was heißt nun agitieren? Agitieren heißt, Jemanden, Berufsgenossen, für eine Sache zu interessieren, zu gewinnen suchen, eine Bewegung für dieselbe hervorzurufen, Anhänger, Mitkämpfer für die Verbesserung unsrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anzuwerben.

Erst mit dem Augenblick, wo jeder einzelne zum treuen Anhänger und Mitarbeiter in unsrer Organisation wird, werden allmählich die noch Fernstehenden unsrer Berufskollegen über die Bedeutung und den Nutzen unseres Verbandes aufgeklärt, für denselben gewonnen und zur Erfüllung ihrer Berufspflichten erzogen werden.

Die Zahl der Unorganisierten ist noch sehr groß in unserem Berufe, trotzdem kann wohl keiner dieser Kollegen in Abrede stellen, daß er nicht in dieser oder jener Weise die in unserem Berufe vorhandenen Mißstände kennt und am eignen Leibe fühlt. Sie verstehen nur in der Regel nicht, wie sie es anfangen müssen, um aus der Misere herauszukommen. Es fehlt ihnen oft nur die Einsicht, daß der Arbeiter dort, wo eine gute Organisation vorhanden ist, ein gewichtiges Wort mitreden kann über die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie über die Beschaffenheit der Werkstellen.

Die noch fernstehenden Kollegen in den Verband zu bringen, damit sie in Reih und Glied mit uns kämpfen, ist eine schwierige, wohl die brennendste Frage der Gegenwart!

Wer in einer Werkstelle arbeitet, wo die Kollegen dem Verbande noch nicht angehören, der muß mit frischem Mut zur Agitation auch ein gehöriges Quantum von Energie und Ausdauer besitzen, ohne solche sind Erfolge, zumal sichere und dauernde Erfolge, überhaupt nicht möglich. Zunächst handelt es sich darum, festzustellen, mit welcher Art Kollegen man zusammen arbeitet. Es ist nicht richtig, wie viele glauben, alle Unorganisierten seien dem Verband feindlich gesinnt und man müsse ihnen zunächst ihr unsolidarisches Betragen zum Bewußtsein bringen, womöglich in recht rücksichtsloser und provozierender Art und Weise. Wir sahen oft, daß bei solchem unüberlegten Vorgehen der Betreffende nicht nur sich selbst geschädigt hat, nein, er hat in der Regel oft auf Jahre hinaus der Organisation das weitere Vordringen geradezu unmöglich gemacht. Hat man sich orientiert, warum die Kollegen bisher dem Verbande nicht angehört haben, resp. warum sie fern geblieben sind, ob aus Unkenntnis, Voreingenommenheit, falschen Gerüchten oder sonstiger Ursachen willen, so wird es nicht schwer fallen, die Kollegen in ein Gespräch zu ziehen. Die Berufslage und die Notwendigkeit, auf die Gestaltung der Existenzbedingungen Einfluß zu erlangen, wird besprochen, ferner der Zweck und Nutzen einer einheitlichen Organisation der Berufskollegen, die allein im stande ist, die Lebenslage zu verbessern

Die Anwerbung dieser Mitkämpfer muß aber vorsichtig gehandhabt, darf nicht überstürzt werden. Die Hauptbedingung in der Handhabung der Agitation liegt vorerst in der Selbsterkenntnis; der Agitator muß über alles, was das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft betrifft, genau informiert sein, er muß die örtlichen beruflichen Verhältnisse genau kennen und sie in seinem Vortrage auch dementsprechend ausnutzen, er muß im weiteren an der Darstellung praktischer Beispiele, die jedem Agitator zur Hand sind, zeigen, wie man in strafforganisierten Orten nach und nach in der Lage war, die Tarife einzuführen, die Arbeitszeit zu verkürzen, den Lohn zu steigern, im weiteren darauf hinweisen, daß bei Aufstellung von Arbeitsordnungen, die Kollegen ein dementsprechendes Wort mitsprechen konnten.

Kollegen ein dementsprechendes Wort mitsprechen konnten.

Der Redner muß wissen, wie die Unternehmer ihre Arbeiter behandeln. Von großer Bedeutung ist es, daß man sich erkundigt, ob häufig Unglücksfälle in den Steinbrüchen zu verzeichnen sind, wer die Schuld daran trägt ꝛc. Daß man sich über die Durchschnittslöhne informiert, ist selbstverständlich, denn gerade dieser Punkt wirkt am nachhaltigsten, wenn man mit den Lohnverhältnissen solcher Orte, wo die Kollegen eine bessere Existenzberechtigung geschaffen haben, eine Parallele zieht.

Man hält es beinahe für unmöglich, daß es Zahlstellen in unserm Verbande gibt, die nur einmal jährlich das Bedürfnis haben, eine Versammlung abzuhalten. Wie an solchen Orten die Organisation floriert, bedarf wohl keiner Auseinandersetzung; wo sollen denn die Kollegen die Erfahrung hernehmen, wenn eine gegenseitige Aussprache als nicht geboten erscheint. Allerdings ist dann leicht begreiflich, wie es oft vorkommt, daß den Kollegen bei den Unterhandlungen das nötige Geschick fehlt, überhaupt zu verhandeln. Von einer richtigen, wohlerwogenen Taktik ist keine Rede, man steuert darauf los und wenn der Unternehmer nicht verhandelt oder auf Grund des eingereichten Lohntarifs nicht verhandeln will, na, dann wird das Geschirr hingehauen, ohne Rücksicht auf die Konjunktur und auf die Bestimmungen, die im Verbandsstatut enthalten sind. Man überschaut auch nicht die Situation, ob viele Zahlstellen sich in Lohnbewegungen befinden, sondern die führenden Kollegen geben die Parole aus: Hier muß was gemacht werden! Nun, es wird dann ein Streikchen gemacht, er geht verloren, und dann wälzt man die Schuld dem Verbandsvorstand auf.

Wird aber in Zahlstellen Wert darauf gelegt, die Mitglieder über alle organisatorischen und taktischen Fragen aufzuklären, dann ist eine solche Unbeholfenheit der Mitglieder gar nicht denkbar. Hier darf nicht geleugnet werden, daß gerade in unsrer Organisation die Agitation sehr lau betrieben wird. Die Agitation darf als Lebensnerv einer gewerkschaftlichen Vereinigung betrachtet werden, und wenn hier mit den Mitteln zu knausern versucht wird, dann huldigt man schließlich der Methode, wo es tropft, hält man unter, wo es in Strömen fließt, läßt man's laufen; doch inwieweit wir finanziell die Agitation unterstützen, soll im zweiten Teil des Artikels auseinandergesetzt werden.

Wer die Versammlungsberichte im Steinarbeiter verfolgt, ersieht sofort, daß man in den Versammlungen prinzipiell wichtige Fragen, die die Gewerkschaft interessieren müßten, nicht diskutiert. Dieses kann nur daher kommen, daß leider nur zu häufig die Kollegen unter sich zu wenig geschult sind, in den Versammlungen sich an den Debatten zu beteiligen. Hier ist der Fehler hauptsächlich darin zu suchen, daß diese Kollegen auch im Verkehr untereinander außerhalb der Versammlungen kein Interesse daran finden, über ernste Dinge zu diskutieren. Würden sie gute Bücher und Zeitungen, wenigstens ihr Verbandsorgan, aufmerksam lesen und über das Gelesene mit Nebenkollegen und Bekannten sich unterhalten, sie würden hierdurch von selbst dazu kommen, sich eigene Gedanken zu bilden und auch lernen, dieselben in Worte zu kleiden, und würden alsdann in den Versammlungen bald nicht mehr so unbeholfen erscheinen, als es heute so oft der Fall ist.

Daß hierdurch wieder unser ganzes Versammlungsleben nur gewinnen könnte, leuchtet gewiß ein, ebenso, daß eine Hebung desselben dringend wünschenswert ist. Unsre Mitglieder müssen sich recht oft geistige Nahrung verschaffen. Die kleinlichen Debatten in den Mitgliederversammlungen über Ausflügeu nd Vergnügungen müssen zurückgedrängt werden und an deren Stelle Vorlesungen und anschließende Diskussionen treten. Geeignete Bibliotheken müssen in allen Zahlstellen angelegt und vermehrt, die Mitglieder stets zur Benutzung derselben angeeifert werden. Agitationstouren, die eventuell stattfinden, müssen dazu benutzt werden, in allen Zahlstellen ein regeres Leben herbeizuführen, die einzelnen Mitglieder müssen zu größerer Selbständigkeit erzogen werden, daß sie besser beschlagen sind in Bezug auf unsre Bestrebungen. Auch wenn es einzelne verschnupft, müssen solche Anregungen immer wieder gegeben werden, zumal immer wieder neue Rekruten in die Bewegung eintreten und eingelernt werden müssen.

Gerade in den Steinarbeiterversammlungen wird nach

Gerade in den Steinarbeiterversammlungen wird nach

dieser Richtung hin zukünftig gewirkt werden müssen. Es soll aber nicht gesagt sein, daß vielleicht in unsern Versammlungen zu wenig gesprochen, nein, das will Schreiber dieses nicht behaupten, im Gegenteil, manchmal halten Kollegen in den Versammlungen endlose Generalpauken, die Mehrzahl der Anwesenden kennt dieses Steckenpferd, das in allen Gangarten der hohen Schule schon zum so und so vielten Male vorgeritten wurde und die Mitglieder hören es lieber, wenn der schier endlose Redeschwall zu Ende geht als dessen — Beginnen.

Wir wollen auch nicht in Abrede stellen daß ein Redner in einer Versammlung oft das mit wenigen Worten umwirft, was ein anderer mit Mühe und Zeit aufgebaut; es kommt z. B. in einer gut besuchten Versammlung vor, daß über das schädliche Ueberzeitarbeiten und Akkordarbeiten gesprochen wird; ein Kollege betritt ebenfalls die Tribüne und donnert im gutgewandten Redestil mit den heftigsten Worten gegen alle diejenigen, die regelmäßig über Zeit arbeiten. Was er sagte, war alles schön und gut, es erregte aber bei einem Teil der Anwesenden böses Blut und zwar deshalb, weil gerade dieser Redner und Moralprediger selbst ein fleißiger Ueberzeitarbeiter ist; solcher Art Agitation bewirkt gerade das Gegenteil von dem Erwünschten.

Als ein großer Mißstand ist es zu betrachten, wenn bei der Besetzung von irgend einem Vertrauensposten fünf bis sechs Kollegen vorgeschlagen und keiner sich veranlaßt findet, dieses Amt anzunehmen. Es ist das gut, ja sogar notwendig, daß man sich vor der Versammlung schon vergewissert, wer als geeignet zur Bekleidung dieses Ehrenpostens betrachtet werden kann, und ob gegebenenfalls die in Aussicht genommene Person auch annimmt. Nichts wirkt deprimierender, als wenn man hören muß, ich lehne ab; bei Klimbim-Vereinen stehen solche Kollegen manchmal an der Spitze, in der eigenen Gewerkschaft aber sucht man sich um solche Posten herumzudrücken. Zugleich aber wird auch die Erklärung für diese Mängel gegeben in der bedauerlichen Tatsache, daß die älteren und für eine leitende Stellung in der Zahlstelle geeigneten Mitglieder häufig die Wahlversammlungen meiden und die Wahl selbst dem Zufall überlassen. Ein Verhalten, das einmal ernstlich gerügt werden muß. Denn nicht für alle Zahlstellen gilt, daß nämlich in der Erledigung der Verbandsgeschäfte deswegen oft nicht alles, was nötig, getan werde, weil dies häufig mit allergrößter Vorsicht geschehen müsse, um Maßregelungen zu verhüten. Gewiß ist das richtig, und trifft ferner auch zu, daß namentlich die verheirateten Kollegen in kleinen Orten unter einer drückenden Abhängigkeit zu leiden haben, da sie oft nur auf zwei oder drei Werkstätten angewiesen und deshalb zu vorsichtiger Zurückhaltung verpflichtet sind. Anderseits aber ist gar häufig die Furcht vor Maßregelungen auch eine durchaus übertriebene und nur ein Vorwand, um den Mangel an Opfersinn und Arbeitsfreudigkeit im Dienst des Verbandes zu verdecken. Dasselbe gilt auch für die Klagen, daß vielfach die ansässigen Kollegen sich wenig oder gar nicht um die Organisation kümmern, sondern die gesamte Interessenvertretung allein den fremden Zugereisten überlassen, weshalb auch in den Lokalverwaltungen solch häufiger Wechsel stattfinde.

Wo aber wirklich diese Vorsicht und Zurückhaltung be-

rechtigt und geboten ist, da erwächst den Gauvorständen oder den Lokalverwaltungen benachbarter größerer Zahlstellen die Pflicht, jederzeit helfend einzuspringen. Gelegenheit hierzu findet sich leicht und oft, nur darf es an dem guten Willen nicht mangeln. Auch in jedem andern Falle ist es äußerst notwendig, daß jede Zahlstelle auch der näheren Umgebung die nötige Aufmerksamkeit schenkt, daß namentlich aber die größeren Zahlstellen, denen es nicht an Kräften mangelt sich um ihre Nachbarorte bekümmern und diese in der Organisation hoch zu bringen helfen. Denn: „Unter allen Umständen liegt doch die Heranziehung der Indifferenten im Interesse der organisierten Kollegen selbst. Deshalb auch darf unsre Agitation niemals erlahmen, sondern muß immer wieder von jedem einzelnen jede Möglichkeit benutzt werden, den Verband zu stärken und auszubreiten."

Gegner über Streiks.

Im Maiheste der Annalen des Deutschen Reiches, Monatsschrift für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, findet sich ein Artikel über die Tendenzen in der internationalen Streikbewegung. Der Verfasser, Dr. Halevy-Berlin, setzt seiner Abhandlung als Motto einen Satz aus dem Vorwort zur amtlichen deutschen Streikstatistik für das Jahr 1899 voraus, das lautet:

„Streiks und Aussperrungen, wie sie infolge von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durchgeführt werden, sind von so erheblicher Bedeutung für das wirtschaftliche Leben geworden, daß ihre nähere Erforschung dringend geboten erscheint."

Nach längeren Ausführungen über die Streikstatistiken und die Ausdehnung der Streiks in den verschiedenen Ländern behandelt Halevy die allgemeinen Ursachen des Streiks. Er sagt da:

Die Arbeitseinstellungen sind überall eine natürliche Folge der kapitalistischen Entwicklung. Sie nehmen überhand in dem nämlichen Umfange, in dem es der Großindustrie gelingt, den Handwerkerstand immer weiter zurückzudrängen und immer größere Massen von Gewerbetreibenden zu zwingen, ihre Selbständigkeit aufzugeben und sich gegen einen vereinbarten Lohn in den Dienst eines Kapitalisten zu stellen. Die Ausnahmestellung dieses Lohnarbeiters stammt daher, daß er kein anderes Kapital und kein andres Produktionsmittel besitzt, als seine physische Arbeitskraft, die untrennbar mit seiner Person verbunden ist. Abgesehen von der Bereitwilligkeit zu arbeiten, müssen noch zwei Bedingungen vorhanden sein, damit der besitzlose Arbeiter seinen Lebensunterhalt findet: er muß nicht nur die Fähigkeit besitzen, zu arbeiten, sondern auch die Möglichkeit, für seine Arbeitskraft regelmäßig einen Abnehmer zu finden.

Auf das erstere hat der Arbeiter wenigstens teilweise einen Einfluß; das zweite Moment ist völlig unabhängig von ihm, von seinem Einzelwillen. Ob er Arbeitsgelegenheit findet, darüber entscheidet die Situation des Arbeitsmarktes. Es genügt nicht, daß er gewillt und befähigt ist, zu arbeiten. Es muß auch einen Unternehmer geben, der diesen Willen und diese Fähigkeit ausnutzt und verwertet. Dies geschieht in der Regel auf Grund eines Vertrages, der zwar von den Arbeitern aus freien Stücken abgeschlossen wird; aber doch nur de jure; in Wirklichkeit hat der Arbeiter beim Abschluß seines Arbeitsvertrages keine unbedingt freie Entschließung. Gewiß gibt es keine gesetzliche Gewalt, die den Arbeiter nötigt, daß und unter welchen Löhnungsbedingungen er den Vertrag eingehen soll, wohl aber eine Kraft, deren Wirkung weit stärker und härter ist: die Not und der Selbsterhaltungstrieb. Der Arbeiter kann nicht — so lange er isoliert dasteht — vor den Kapitalisten hintreten und sagen: „Wenn du mir nicht diesen und diesen Lohn gibst, so arbeite ich nicht bei dir und warte lieber bis morgen oder übermorgen oder bis zur nächsten Woche, so lange, bis ich einen Arbeitgeber finde, der mir die verlangte Summe bezahlt." Denn der Unternehmer kann leicht Arbeiter finden zu billigeren Bedingungen, während der Arbeiter in jedem Augenblick daran denken muß, daß der Hunger hinter ihm steht.

Infolge dieser beständigen Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten muß er oft auf Bedingungen eingehen, die er, wenn er tatsächlich freie Entschließung besäße, niemals angenommen hätte. Das ist namentlich der Fall in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten, wenn die Nachfrage nach Arbeitern gering ist und die Zahl der Arbeitslosen sich vergrößert. Dann wird der Arbeiter mit dem „Notwendigsten" zufrieden sein müssen. Bessern sich die Produktionsverhältnisse, so wird er unter Umständen in der Lage sein, höhere Forderungen zu stellen, aber nur, wenn er sich mit einer größeren Anzahl seiner Standesgenossen vereinigt. Der einzelne Arbeiter hat weder einen genauen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand des nationalen oder lokalen Wirtschaftsmarktes, noch hat er überhaupt die Kraft, dem Unternehmer gegenüber bestimmte Ansprüche geltend zu machen. Dazu ist solidarisches Vorgehen und eine möglichst umfassende Koalition nötig. Diese gestatten es dem Arbeiter, die Vorteile der Konjunktur auch zu seinen Gunsten auszubeuten. Sie machen die rechtliche Freiheit, die er bei Abschluß des Lohnvertrags besitzt, erst zu einer tatsächlichen.

Die vereinigte Arbeiterschaft wird zu einer Macht, mit der auch das Unternehmertum rechnen muß. Organisierte Arbeiter sind nicht mehr wehrlos der Willkür der Kapitalisten preisgegeben. Bietet der Unternehmer keinen ausreichenden Lohn oder keine anständige Behandlung, so erklären die Arbeiter: „Wir streiken und nehmen die Arbeit nicht früher wieder auf, als bis du unsern Wünschen nachgibst." Ob ein Arbeiter ausständig wird, das kann dem Unternehmer gleichgültig sein, nicht aber, wenn die Hälfte oder drei Viertel oder gar sein ganzes Personal die Arbeit niederlegt und die Fabrik zum Stillstand bringt. Niemand wird es dem Arbeiter verdenken, daß er seine Arbeitskraft zu einem möglichst hohen Preis verkaufen will. Für ihn bedeutet der Streik nicht selten einen Kampf ums tägliche Brot und um die natürlichsten Menschenrechte. Für den Unternehmer handelt es sich ebenso oft nur um die Aufrechterhaltung seines absoluten Regiments, um die Macht, den Lohn einseitig festzustellen.

Daß die Streiks nicht aus Mutwillen und blinder Unbotmäßigkeit unternommen werden, das beweisen schon die großen Opfer und Verluste, die sie den Arbeitern verursachen. Und wenn die Arbeiter, obschon sie wohl wissen, welche Entbehrungen jede Arbeitsunterbrechung ihnen und ihrer Familie auferlegt, dennoch immer wieder zu diesem zweischneidigen Schwert greifen, so müssen die Ursachen tiefer liegen und man muß annehmen, daß ihre Lage in vielen Fällen tatsächlich eine unerträgliche ist.

So urteilt ein bürgerlicher Nationalökonom über die allgemeinen Ursachen der Streiks. Nachdem er noch umfassende statistische Untersuchungen angestellt hat über die speziellen Ursachen der Streiks, über die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Zentralverbände bei Lohnbewegungen, über die Dauer der Streiks in den verschiedenen Ländern und über die Streiktaktik, hebt er hervor, daß nach der deutschen Kriminalstatistik auf je 1000 strafmündige Personen im allgemeinen jährlich 10,8 Bestrafte kommen, während von 1000 Streikenden trotz der geradezu rigorosen Anwendung der Strafbestimmungen auf sie in den Jahren 1896—1898 nur 2 bis 4,8 Bestrafte entfallen, ein Beweis, wie peinlich die Streikenden bemüht sind, die ihnen sehr ungünstigen Gesetze streng einzuhalten.

Halevy gelangt zu dem Schlusse, daß der ruhigere Verlauf der Streiks in erster Linie den Arbeiterorganisationen zu danken sei. Unter ihrem Einflusse habe der Arbeiter verstehen gelernt, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung nicht von ungefähr entstanden, sondern das Produkt der ganzen voraufgegangenen wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung und darum auch wandelbar sei. Auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung lasse sich die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter ermöglichen, ohne einen radikalen Umsturz der bestehenden Wirtschaftsordnung.

Auch damit hat Dr. Halevy recht; aber er darf nicht glauben, das Proletariat verzichte auf die Beseitigung des kapitalistischen Klassenstaates, weil durch die Gewerkschaften die Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapital ein wenig gemildert werden kann.

Im Gegenteil, die Einsicht, daß nur eine Milderung möglich ist, solange der auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich stützende Klassenstaat besteht, die Ursachen der Arbeiterunterdrückung aber weiter bestehen und immer neue Uebel zeitigen — veranlaßt die Arbeiter erst recht, auf die Beseitigung dieser Ursachen hinzuarbeiten. Wir verzeichnen eben nur mit Genugtuung, daß ein bürgerlicher Nationalökonom ausspricht, was durch die Sozialdemokratie längst festgestellt ist.

Arbeiterfürsorge des Reichs.

Als gute Diplomaten haben unsre Regierenden es nicht unterlassen, rechtzeitig zum Gebrauch im Wahlkampf allerlei Andeutungen über volksbeglückende Pläne unter die Leute zu bringen, die aus dem Schoß der nächsten Zukunft herrlich erstehen sollen, wenn — das wird zwar nicht ausdrücklich gesagt, aber deutlich genug zu verstehen gegeben — ein „guter" Reichstag zu stande kommt. Wählt nur recht staatserhaltend, dann soll noch in diesem Jahr die Sozialreform herrliche Fortschritte machen, das ist der Sinn einer ganzen Reihe von Kundgebungen, die in den letzten Wochen durchs Land gegangen sind. Hand in Hand damit geht die Aufzählung der Summen, die in Deutschland für die Arbeiter aufgebracht worden sind, wobei dem vertrauensseligen Leser vor lauter Millionen und Milliarden die Augen übergehen müssen, und zum Schluß kommt die alte Erzählung, daß die Sozialdemokratie im Anfang gegen die Versicherungsgesetze gestimmt habe, womit ihre „Arbeiterfeindlichkeit deutlich erwiesen sei.

Wie steht es damit in Wahrheit? Unsre Leser wissen es seit Jahren. Und doch muß das oft Gesagte immer und immer wiederholt werden, damit jeder Leser das Material zur Hand hat und als Agitator andre aufklären kann.

Daß die ersten Vorlagen der Versicherungsgesetze in den Jahren 1883, 1884 und 1889 von unsern Abgeordneten abgelehnt worden sind, ist richtig. Welches waren ihre Gründe? Die unehrlichen Gegner sagen: weil die Sozialdemokraten keine zufriedenen Arbeiter haben wollen; sie wünschten nicht die Vorteile der Versicherung, damit die Arbeiter unzufrieden bleiben und sozialistischen Verhetzungen zugänglich sein sollten. Die ehrlichen Gegner sagen: aus Prinzip haben die Sozialdemokraten dagegen gestimmt; denn sie seien überzeugt, daß innerhalb der bestehenden Ordnung doch nichts ernstliches für die Arbeiter geschehen könne; vielmehr müsse erst der Klassenstaat zertrümmert werden, ehe dem Arbeiter geholfen werden könne, und jede kleine Besserung seiner Lage sei ein Hindernis auf diesem Wege.

Beide Entgegnungen sind unsinnig, soweit sie unsre Absichten betreffen, wenn sie auch beide sachlich etwas richtiges enthalten.

Die Absicht unsrer Vertreter war keineswegs, daß für die Arbeiter gar nichts geschehen solle. Der schlagende Beweis dafür ist, daß unsre Partei schon jahrelang vorher auf das dringendste die Versicherung verlangt und im Reichstag beantragt hatte. Sie war aber stets von den Staatserhaltenden abgelehnt worden. Wie kam es denn schließlich zur Versicherung?

Die Entwicklung der Großbetriebe — und zwar in der Landwirtschaft so gut wie in der Industrie — hatte eine Menge neuer Gefahren für den Arbeiter geschaffen, die früher, ehe der große Kapitalismus existierte, gar nicht bestanden hatten. Die Arbeiter verunglückten viel häufiger, sie wurden durch die intensive Anspannung aller Kräfte viel früher durch Alter oder Krankheit arbeitsunfähig. Da in beiden Fällen für sie nicht gesorgt war, so fielen sie der Armenpflege zur Last. Die Gemeinden aber konnten diese Erhöhung ihrer Ausgaben nicht tragen und schrien nach Abhilfe. Das war der erste Grund.

Der zweite Grund war die Fürsorge für das Unternehmertum. Der Unternehmer war natürlich haftpflichtig für jeden Unglücks- oder Krankheitsfall, der durch ihn oder seinen Betrieb verschuldet war. Deshalb riskierte jeder Unternehmer, bei jedem großen Unglücksfall ruiniert zu werden.

Der dritte und wichtigste Grund war die Furcht vor der Sozialdemokratie. Das hat die Regierung in der Begründung des ersten Gesetzentwurfs 1880 selbst zugegeben und recht nachdrücklich hat es Bismarck am 26. November 1884 im Reichstage hervorgehoben, indem er sagte:

Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht viele sich vor ihnen fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren.

Man wollte den Arbeitern das gute Herz der Besitzenden beweisen, um sie der Sozialdemokratie zu entziehen.

Heute tun die Staatserhaltenden so, als ob zur Ablehnung seinerzeit nur schlechte Gründe geführt haben können, nur Rücksichtslosigkeit gegen das wahre Wohl der Arbeiter. Andre Gründe lassen sie nicht gelten und erheben deswegen schwere Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie. Sie verschweigen aber, daß ein großer Teil ihrer eignen Abgeordneten ebenfalls gegen die Versicherung gestimmt hat. Es stimmten z. B. gegen die Invalidenversicherung im Jahre 1889: das ganze Zentrum (mit Ausnahme von nur 13 Abgeordneten), sämtliche Freisinnigen, 11 Nationalliberale, 7 Konservative. Ja mehr noch: in den Jahren 1896/97 begannen Zentrum und Freisinnige eine Agitation auf Aufhebung der gesamten Versicherung. Das Zentrum legte einen Gesetzentwurf vor, wonach die Versicherung zunächst eingeschränkt werden sollte, und Eugen Richter meinte dazu:

Das einzig Richtige wäre eine schrittweise Aufhebung des ganzen Gesetzes, wie solche eingeleitet wird durch den Antrag der Zentrumspartei.

Da nun heute alle Staatserhaltenden in holder Uebereinstimmung versichern, solche Gesetze könne nur der ablehnen, der den Arbeitern nichts gutes gönne, so sind damit die Gründe, die jene Parteien zur Ablehnung bewogen, deutlich genug bezeichnet. Und man weiß nun auch, weshalb die Landarbeiter noch heute im wesentlichen von der Krankenversicherung ausgeschlossen sind, obgleich die Sozialdemokraten oft genug beantragt haben, auch sie zu versichern. Ja, auch die Gründe, aus denen andre Staatsstützen für die Gesetze gestimmt haben, sind zum Teil recht gut bekannt. Als es sich z. B. um die Frage handelte, ob die Invalidenversicherung auch für die Landarbeiter gelten solle, sagte der konservative Graf Stolberg-Wernigerode im Reichstage zu seinen Parteigenossen:

Wenn Sie dieses Gesetz ablehnen, so bildet es einen Brennpunkt in der nächsten Wahlagitation, gegen welchen alle bisherige Agitation ein Kinderspiel sein würde. Es würden dann in den meisten Wahlkreisen nur solche Kandidaten gewählt, die sich auf das Gesetz verpflichten.

Also die Angst vor den Wahlen gab den Konservativen ihr „gutes Herz" für die Arbeiter. Volk, erkenne deine Macht!

Ferner muß hier gedacht werden des Zentralverbandes der Industriellen, jener Vereinigung der größten Kapitalisten Deutschlands. Als im Jahre 1896 die Regierung die Unfall- und Invalidenversicherung verbessern wollte und es gelungen war, in der Kommission des Reichstages einige wirklich bedeutende Verbesserungen durchzusetzen, da verhinderte der Verband durch Obstruktion (die immer nur dann verwerflich ist, wenn die Sozialdemokraten sie treiben!) die Vollendung des Gesetzes und richtete dann eine Denkschrift an die Regierung, in der es hieß, die Beschlüsse der Reichstagskommission seien „wesentlich von sozialdemokratischem Geist durchweht und getragen", und weiter der Regierung folgende Vorschrift gemacht wurde:

Der Zentralverband hält es für wünschenswert und besser, daß, so lange die geschilderten Gefahren in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags fortbestehen, auf den Versuch gänzlich verzichtet werden möchte, Mängel zu beseitigen.

Die Regierung richtete sie danach, die Verbesserung unterblieb. Also auch die großen nationalliberalen Fabrikbesitzer taten damals das, was heute Arbeiterfreundlichkeit beweisen soll.

Nun wollen wir aber annehmen, daß neben den aufgezählten Gründen für Schaffung der Versicherung, wenigstens bei ehrlichen Gegnern auch der Wunsch maßgebend war, den Arbeitern etwas zu bieten, sie mit der herrschenden Ordnung auszusöhnen, ihnen zu beweisen, daß auch für sie unter der Herrschaft des Kapitalismus die Möglichkeit vorhanden ist, zufrieden und glücklich zu leben. Haben wir doch selbst mehrfach hervorgehoben, daß es für einen verständigen Gegner gar nichts Vernünftigeres geben kann, als der Sozialdemokratie dadurch das Wasser abzugraben, daß man den Arbeitern eine ernstliche Besserung ihrer Lage schafft. Nehmen wir die Versicherung als einen solchen Versuch, so hat der Erfolg glänzend bewiesen, wie recht die Sozialdemokratie hat mit ihrer Behauptung, daß innerhalb des Klassenstaates nichts ernstliches für die Arbeiter geschehen kann. Wir sagten eingangs: daß in staatserhaltenden Blättern jetzt viel die Rede ist von den Millionen und Milliarden, die zum Besten der Arbeiter aufgebracht werden, und von den „Lasten" der Unternehmer. Diese ansehnlichen Summen kommen heraus, wenn man einfach zusammenrechnet, wie viel insgesamt im Lauf der Jahre für alle Arbeiter ausgegeben worden ist. Wenn aber der einzelne Arbeiter nur ein paar Pfennige bekommt, so ist das doch keine ernstliche Besserung seiner Lage, und es kann ihm wenig nützen, daß viele andre auch noch je ein paar Pfennige bekommen haben.

Wie ungeheuer wenig in Wahrheit die Versicherung leistet, lehren folgende Zahlen.*

Zunächst die „Lasten" der Unternehmer. Im Jahre 1899 wurde von den Unternehmern für jeden Arbeiter gezahlt: zur Krankenversicherung etwas über 5 Mk. pro Jahr, zur Unfallversicherung 4¼ Mk., zur Invalidenversicherung 4½ Mk. Das macht pro Jahr kaum 14 Mk., oder monatlich etwas über eine Mark — ein kleines Trinkgeld, wobei noch angenommen ist, daß kein Unternehmer die Beiträge durch Lohnkürzung auf den Arbeiter selbst abwälzt, was sicherlich oft geschieht. Die Arbeiter müssen nicht nur einen großen Teil der Beiträge selbst zahlen, so daß ihre Last hinter der der Unternehmer auch nicht zurückbleibt, sondern außerdem sind sie es, die ihr Blut auf dem Felde der Arbeit zu Markte tragen, und zwar ausschließlich zu Gunsten des Unternehmertums. Die Leute, die jetzt nicht müde werden, die Millionen aufzuzählen, die im Lauf von 15 und mehr Jahren für alle Arbeiter zusammen ausgegeben worden sind — sie vergessen dabei zu erwähnen, daß in derselben Zeit (bis 1900) nicht weniger als 915 965 Unglücksfälle in den Betrieben vorgekommen sind, wobei 90 333 Arbeiter tot und fast 508 000 Arbeiter dauernd erwerbsunfähig geblieben sind. Das ist die Last der Arbeiter!

Nun aber — was erhält denn der einzelne Arbeiter aus der Versicherung? Das ist doch das Entscheidende, wenn man beurteilen will, ob seine Lage gebessert ist.

Im Jahre 1900 betrug die Unfallrente für jeden einzelnen Verletzten im Durchschnitt 106 Mk. pro Jahr oder ungefähr 50 Pfg. pro Woche.

Die Invalidenrente betrug im Durchschnitt (also für jeden einzelnen) 142 Mk., die Altersrente 145.50 Mk. pro Jahr.

Herr Dr. Bödiker, kein Sozialdemokrat, sondern frühcrer Präsident des Reichsversicherungsamts, hat berechnet, daß alles in allem genommen, die ganze Versicherung für jeden einzelnen Arbeiter noch nicht ganz 34 Mk. im Jahre ausmacht!!

* Sehr nützlich für die Agitation ist die soeben erschienene Broschüre von Timm-München: Sozialdemokratie und Zentrum. Sie enthält knapp und übersichtlich die Tatsachen und Zahlen, auf die es bei der Arbeiterversicherung ankommt, und ist bei aller Knappheit natürlich viel reichhaltiger als ein Artikel sein kann.

Ist das nicht ein wahrhaft klägliches Resultat? Seht, Arbeiter, so sieht die „Besserung eurer Lage“ aus, dahin hat nach fast 20 Jahren der Versuch geführt, euch etwas Ernsthaftes zu bieten und euch zu beweisen, daß auch im Klassenstaat für euch gesorgt werden kann!

Das haben die Sozialdemokraten vor 20 Jahren vorausgesehen. Wer seinen Verstand nur brauchen wollte, der konnte sich damals schon ausrechnen, daß diese Versicherung den Arbeitern nichts weiter als ein Trinkgeld bringen, daß sie aber mißbraucht werden würde, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Man benutzt diese Gesetze, um den Volksmassen vorzureden, es sei wer weiß wie viel geschehen, während in Wahrheit gar nichts geschehen ist. — Oder doch, etwas ist geschehen: es sind Kapitalien angesammelt worden, mit denen notleidenden Kapitalisten unter die Arme gegriffen werden kann. Wurden doch bis Ende 1899 aus diesen Kapitalien der „Landwirtschaft“ (d. h. den Grundbesitzern) 45 Millionen Mark gegen niedrige Zinsen zur Verfügung gestellt! Unsern Kindern in der Schule aber lehrt man (wir schreiben dies wörtlich aus einem Schulbuch ab), daß dank diesem Gesetze „die Arbeiter jetzt nach mühevoller Arbeit den Rest ihres Lebens ohne Nahrungssorgen verleben können“. Ohne Nahrungssorgen bei 145 Mk. jährlicher Rente!!!

Aber selbst diese Voraussicht hat die Sozialdemokraten der 80er Jahre noch nicht veranlaßt, ohne weiteres gegen die Gesetze zu stimmen. Vielmehr versuchten sie zunächst Schritt für Schritt, bei jeder einzelnen Position, bei jedem einzelnen Paragraphen Besserungen durchzusetzen. Wären ihre Anträge angenommen worden, dann würde den Arbeitern heute durch die Versicherung viel mehr geboten. Aber alle diese Anträge wurden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Da erst stimmten die Sozialdemokraten zum Schluß gegen die ganzen Gesetze. Und das war das einzig richtige. Denn bei der damaligen Stimmung mußte die Regierung den Arbeitern etwas bieten. Wäre nun jedes unvollkommene Gesetz abgelehnt worden, so wäre die Regierung gezwungen gewesen, schließlich einen Vorschlag zu machen, mit dem den Arbeitern wirklich genützt worden wäre. Das aber wollten gerade die bürgerlichen Parteien nicht; ihnen lag nicht daran, den Arbeitern etwas zu bieten, sondern nur daran, ihnen Sand in die Augen zu streuen. Deshalb lehnten sie die besseren Vorschläge der Sozialdemokraten ab und nahmen das unvollkommene Machwerk der Regierung an.

Nachdem einmal die Gesetze bestanden, ist die Sozialdemokratie unablässig bemüht geblieben, sie noch nachträglich zu verbessern. Unzählige eigene Anträge hat sie zu diesem Zweck gestellt, und bei den wenigen wirklichen Verbesserungen, die im Lauf der Jahre von der Regierung beantragt wurden, hat sie dafür gestimmt. Noch ganz zuletzt hat sie für die Versicherung der Witwen und Waisen gestimmt, so erbärmlich diese auch ist, und bis auf den heutigen Tag verlangt sie die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. All dies zeigt dem, der die Wahrheit liebt, zur Genüge, daß die Sozialdemokratie ernstlich bestrebt ist, die Lage der Arbeiter zu bessern, so weit das irgend möglich ist, jedenfalls viel weiter als die bürgerlichen Parteien es wollen.

Die zwanzigjährige Entwicklung der Versicherungsgesetze hat bewiesen, daß Unternehmertum und Klassenstaat weder gewillt noch im stande sind, etwas Ernstliches für die Arbeiter zu tun. Der Widerstand der Großindustrie, des Zentralverbandes, der Agrarier 2c. ist kein Zufall. Gewiß hätten die Besitzenden vieles von dem, was die Sozialdemokraten zu Gunsten der Arbeiter verlangten, bei einigem guten Willen noch erfüllen können. Aber wenn sie es nicht taten, wenn sie sich vielmehr jeder wirklichen, nicht nur scheinbaren Reform mit Zähigkeit widersetzten, so geschah das aus dem richtigen Instinkt heraus, daß die „Begehrlichkeit“ der Sozialdemokraten nicht so bald Halt machen würde. In der Tat benutzt die Sozialdemokratie jeden Fortschritt nur, um die Arbeiterklasse zu stärken und dann mehr zu ertrotzen. Daraus haben wir nie ein Hehl gemacht. Eine wesentliche, fühlbare Besserstellung der Arbeiter ist nur möglich, wenn man dem Profit so viel nimmt, daß die Kapitalistenklasse in ihrer Existenz bedroht ist. Das wird sie gutwillig nie hergeben. Sondern genau so, wie die Anfänge der Versicherung nur der Furcht vor der Sozialdemokratie entsprungen sind, genau ebenso wird jedes weitere wesentliche Zugeständnis nur der Furcht gemacht werden. Auch kann das Ziel nicht eine Versicherung sein — und sei sie noch so vollkommen — sondern eine so große Beteiligung des Arbeiters am Ertrag der Arbeit, daß er keine Versicherung mehr nötig hat, ebensowenig wie heute etwa ein reicher Fabrikbesitzer sich in einer Krankenkasse versichert. Erst wenn das erreicht ist, wird der Arbeiter wirklich in seiner Existenz gesichert sein. Ein solcher Zustand bedeutet aber bereits die Zersprengung des Klassenstaates. Er wird nur durch Kampf erreicht werden. Hieraus folgt ganz selbstverständlich, daß wir nach wie vor auf Schritt und Tritt wirkliche Verbesserungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens wie auf jedem andern Gebiete fordern und unsre ganze Kraft einsetzen werden, sie gegen den Widerstand des Unternehmertums durchzusetzen.

-dt.

Reform des Submissionsverfahrens in Bayern.

Seitens des bayerischen Landtags wurde in der Session 1899/1900 eine Kommission zur Beratung einiger Anträge, die Vergebung öffentlicher Arbeiten betreffend, eingesetzt. Die Kommission faßte folgende Beschlüsse, die von der Kammer auch angenommen wurden. Weitergehende Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden abgelehnt.

„Bei allgemeiner Submission für Arbeiten von 500 bis 10 000 Mk. ist der Zuschlag jenem Bewerber zu erteilen, dessen Angebot dem Mittelpreise sämtlicher Angebote nach unten gerechnet am nächsten kommt, jedoch mit der Beschränkung, daß Angebote, die mehr als 30 Proz. unter dem Kostenanschlag bleiben oder diesen um mehr als 20 Proz. übersteigen, bei Berechnung des Mittelpreises außer Betracht bleiben. Bei gleichem Angebote soll den ortsangesessenen Handwerksmeistern, und zwar vorzugsweise den Handwerkerorganisationen, Berücksichtigung zu Teil werden. Die Weitervergebung zugeschlagener Arbeiten an Unterakkordanten ist nur ausnahmsweise mit Genehmigung der Auftraggeber gestattet, Schwitzsystem ist verboten. Den Arbeitern muß mindestens der orts- oder berufsübliche Tagelohn bezahlt werden; wo zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarte Tarife und Lohnfestsetzungen bestehen, bilden diese den Maßstab; in keinem Fall darf der Lohn unter den ortsüblichen Tagelohn sinken. Die Arbeitszeit darf nicht über das orts- und berufsübliche Maß hinausgehen und keinesfalls 10 Stunden überschreiten. Ueberstunden sind mit 25 Proz. Zuschlag zu vergüten. An Vorabenden von Sonn- und Feiertagen hat der Schluß der Arbeit spätestens Abends 6 Uhr zu erfolgen und die darauf folgende Ruhezeit 36 Stunden zu dauern. Die gleichen Bedingungen gelten auch für die Akkordarbeiter. Lehrlingszüchterei, d. h. unverhältnismäßige Beschäftigung von Lehrlingen, ist verboten. Arbeiten, die in Werkstätten hergestellt werden können, dürfen nicht in Heimarbeit vergeben werden. Es sind in erster Linie inländische Arbeiter zu beschäftigen; die Beschäftigung andrer Arbeiter darf nur zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen stattfinden. Unternehmer, die die vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht erfüllen, können zeitlich oder dauernd von den staatlichen Arbeiten ausgeschlossen werden. Die Erfüllung der den Arbeitern gegenüber festgesetzten Verpflichtungen ist in erster Reihe durch Abzug von den Kautionen zu bewirken.“

Diesem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten versagte jedoch die Kammer der Reichsräte ihre Zustimmung mit der Begründung, daß dieses eine Verwaltungsangelegenheit sei und daher nicht Sache der Gesetzgebung sein könne. Der Minister des Innern versprach jedoch, bei einer demnächstigen Revision der Vorschriften für die Vergebung staatlicher Arbeiten und Lieferungen den Wünschen der Kammer im weitgehendsten Maße Rechnung tragen zu wollen.

Neuerdings ist nun, unterm 6. April d. J., im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern eine Bekanntmachung vom 2. April 1903, die Vergebung staatlicher Arbeiten und Lieferungen betreffend, erschienen, in der allerdings in nicht allzu weitgehendem Maße dem Beschluß der Kammer der Abgeordneten Rechnung getragen worden ist. Nachstehend seien etliche für die Arbeiter in Betracht kommende Paragraphen herausgegriffen. Im ersten Abschnitt heißt es in § 3: Die Ausschließung von der Berücksichtigung haben ferner solche Unternehmer zu gewärtigen, von denen bekannt ist, daß sie in ihren Betrieben eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit eingeführt haben, oder daß sie ihren Arbeitern Löhne zahlen, die hinter dem Durchschnitte der in dem Gewerbszweig üblichen Löhne erheblich zurückstehen, oder endlich, daß sie Gegenstände, deren Herstellung in Werkstätten üblich ist, in Heimarbeit vergeben.

Zweiter Abschnitt § 10: Bei Hochbauten sollen die Arbeiten der verschiedenen Handwerksgattungen getrennt verdungen werden. Die Generalunternehmung soll grundsätzlich nur da in Anwendung kommen, wo örtliche Verhältnisse oder der Mangel an tüchtigen Unternehmern der einzelnen Handwerksgattungen oder ganz besondere Gründe eine andre Art von Vergebung notwendig erscheinen lassen.

Allgemeine Vertragsbedingungen. (§ 10.) Bei den Arbeiten dürfen nur tüchtige und geübte Arbeiter verwendet werden. Unter den geeigneten Arbeitern sind die inländischen und unter diesen diejenigen vorzugsweise zu verwenden, die am Orte der Ausführung oder in dessen Nähe wohnen. Untüchtige Arbeiter müssen auf Verlangen der Behörde durch tüchtige ersetzt werden.

(§ 11.) Der Bauunternehmer hat, soweit seine Arbeiter nicht selbst angemessene Unterkunft und Verpflegung zu entsprechenden Preisen finden können, die dazu erforderlichen Einrichtungen auf eigne Kosten zu treffen und den deshalb von der Behörde an ihn gestellten Anforderungen zu entsprechen. Der Bauunternehmer ist ferner verpflichtet, die zur Unfallverhütung erlassenen Vorschriften strengstens einzuhalten und für deren Einhaltung durch seine Untergebenen zu sorgen. Er ist endlich verpflichtet, auf den Baustellen die zur ersten Hilfeleistung vor Ankunft des Arztes erforderlichen Verbandmittel und Arzneien nach den Weisungen der Behörde bereit zu halten.

(§ 12.) Der Unternehmer ist verpflichtet, der Behörde auf Verlangen jederzeit über die mit seinen Handwerkern und Arbeitern geschlossenen Verträge und deren Erfüllung unter Vorlegung der Lohnlisten und sonstigen Unterlagen Aufschluß zu erteilen. Ergibt sich, daß der Unternehmer seine Verpflichtungen gegen die Handwerker und Arbeiter nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so ist die Behörde befugt, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu bezahlen.

Der § 16 besagt: Der Unternehmer ist dafür verantwortlich, daß die polizeilichen Anordnungen und Vorschriften für die Bauausführung und den Schutz der beim Bau beschäftigten Personen eingehalten werden. Kosten, die ihm dadurch erwachsen, kann er der Staatskasse nicht in Rechnung stellen. Unbeschadet seiner eignen zivilrechtlichen und strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die Sicherheit der Bauausführung und für die Einhaltung der zum Schutz des Lebens, der Gesundheit und Sittlichkeit erlassenen Vorschriften hat der Unternehmer sich auch in dieser Beziehung der Ueberwachung durch die Behörde und die von ihr aufgestellten oder zugezogener Aufsichtsorgane (Bauführer, Bauaufseher u. s. w.) zu unterwerfen und bei entstehenden Meinungsverschiedenheiten mit den Aufsichtsorganen die auf die Anzeige hin erfolgende Entscheidung der bauleitenden Behörde als bindend anzuerkennen.

Die Verordnung selbst zerfällt in zwei Teile, und zwar hat der erste 44 und der zweite 46 Paragraphen. Die Verordnung wird dem berechtigten Verlangen der Arbeiter nur wenig gerecht. Nur dann haben Unternehmer die Ausschließung von staatlichen Arbeiten zu „gewärtigen“, wenn sie hinter den ortsüblichen Löhnen „erheblich“ zurückbleiben oder aber über das übliche Maß der Arbeitszeit hinaus arbeiten lassen.

Weder ein fester Lohn noch eine nach obenhin begrenzte Arbeitszeit sind für die Arbeiter gesichert. Von einer Lohnzulage bei Ueberstunden ist ebenfalls keine Rede.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 × 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Berlin II. Am Dienstag, den 12. Mai, fand hier im Englischen Garten eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Zu Punkt 1: Unsre gegenwärtige Lage, wird beantragt, daß die für die Werkstellen in Weißensee gewählte Agitationskommission vorläufig ihre Agitation einstellen soll, da diese uns für die örtlichen Verhältnisse nur schadet; denn wenn die Kollegen 8 Tage organisiert sind, verlassen sie trotz aller Vermahnung diese Werkstellen und überschwemmen ganz Berlin, die älteren organisierten Kollegen werden in diese Werkstellen nicht eingestellt, sondern es werden immer neue Kräfte angelernt, und wir erziehen uns dadurch nur Konkurrenz und die alten Kollegen liegen auf der Straße. Im Gewerkschaftlichen wird beantragt, die Sperre bei der Firma Braun aufzuheben, und die Kollegen Wilh. Schröder und Rob. Schwarz aus der Organisation auszuschließen, da diese trotz der Sperre in der Werkstelle weitergearbeitet haben. In Verschiedenes wird beantragt, das Geld für die örtliche Krankenzuschußkasse auf einer Sparkasse niederzulegen und die Einnahmen monatlich einzuzahlen. Es wird weiter beantragt, daß die Kollegen der Firma Deutsche Steinindustrie auf Antrag der Firma keinen besondern Tarif für Schleifer auf die von der Maschine gehobelten Arbeiten 2c. ausarbeiten sollen, sondern sich nur nach dem für Berlin festgelegten Tarif zu richten haben.

Braunschweig. Am 19. Mai fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Es sollte ein Vortrag gehalten werden, der aber wegen zu schwach besuchter Versammlung zurückgestellt wurde. Trotz allem Ermahnen und gutem Zureden, daß die Kollegen die Versammlungen besuchen sollen, halten sie es nicht für nötig, zu erscheinen. Die Interesselosigkeit der Kollegen kann nie zum guten Ziele führen. Es kann hier bald der Gedanke auftauchen, daß die Organisierten sich von den Unorganisierten ins Schlepptau nehmen lassen, denn sonst würden sie mehr Interesse für unsre Organisation zeigen. Allgemeine Unzufriedenheit wurde geäußert, daß von seiten der Gauleitung noch nichts zur Agitation getan ist. Gerade der Gau VI zeigt noch ein wüstes Feld, weshalb so bald wie möglich angefangen werden muß, es zu bearbeiten, denn der Sommer geht schnell vorüber und im Winter wird es schwer halten, hier festen Fuß zu fassen. Darum mit frischem Mut ans Werk!

Bunzlau. In der am 20. d. M. abgehaltenen Monatsversammlung wurde zum ersten Punkt die Unterstützung der Streikenden in Budapest zur Sprache gebracht. Bewilligt wurden 40 Mk. Sodann wurde ein Antrag angenommen, daß derjenige, der, ohne Stundung nachgesucht zu haben, mit seinen Beiträgen länger als 4 Wochen im Rückstande bleibt, seiner Rechte auf Unterstützung aus der hiesigen Lokalkasse verlustig geht. Diejenigen Kollegen, die Invalidenrente beziehen, haben nur den Wert der Marken mit 32 Pfg. ohne den Lokalzuschlag zu bezahlen. Befremden erregte es, daß zum internationalen Kongreß (Zürich) 2 Vertreter delegiert waren (einer wäre auch genug), während es doch notwendig gewesen wäre, den österreichischen Steinarbeiterkongreß, der zu Ostern in Wien abgehalten wurde, ebenfalls zu beschicken. Gerade Oesterreich respektive Böhmen bildet für den hiesigen Bezirk eine gewisse Gefahr. Es ist wohl zweifellos eine der hauptsächlichsten Ursachen der hier fast chronisch auftretenden Arbeitslosigkeit, daß die größern Bauten ziemlich alle im Heuscheuer Gebirge gemacht werden, weil dort die billigen Löhne trotz des härteren Materials es ermöglichen, die schärfste Konkurrenz dem hiesigen Distrikt zu machen. Die Steinarbeiter in der Heuscheuer sind fast sämtlich Tschechen. Der Organisationsgedanke konnte trotz nachhaltiger Agitation nicht auf die Dauer eindringen, obschon alles versucht worden ist. Es liegt das wohl an dem starken Mißtrauen der Tschechen gegen alles, was deutsch ist. Allgemeine Ueberzeugung ist, daß ein Vorstoß in dieses Gebiet nur von national böhmischer Seite Erfolg haben kann, daß diese Leute nur von ihren eigenen aufgeklärten Kollegen auf die Dauer gewonnen werden können. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, hielten wir es für notwendig, daß der österreichische Kongreß beschickt worden wäre, damit von dort die Anregung gegeben würde, dieses Gebiet (Heuscheuer) zu bearbeiten und dem Verbande zu gewinnen.

Elberfeld. Am 17. Mai tagte hier im Volkshaus eine gut besuchte Versammlung. Erster Punkt der Tagesordnung war Aufnahme neuer Mitglieder. Ueber den 2. Punkt, Agitation, referierte Kollege Mondorf. Er sprach über die Agitationstour, die er in der vorigen Woche vorgenommen hatte und zwar in die uns naheliegenden Bruchdistrikte Haßlinghausen, Schee, Bussel, Sprokhövel. Daß seine Tour Anklang fand, ersehen wir daraus, daß mehrere Kollegen von dort unsrer Versammlung am Sonntag beiwohnten. Es wurde beschlossen, am Sonntag, den 24. Mai, Nachmittags 4 Uhr, eine Versammlung abzuhalten im Lokale des Herrn Wilhelm Männighof in Bussel; zu diesem Zwecke haben wir Handzettel drucken lassen auf Deutsch und die Hauptpunkte auch in Italienisch übersetzt, weil die Hälfte der Kollegen Italiener sind. Es entspann sich zu diesem Punkt eine lebhafte Debatte betreffs der Kosten der ganzen Sache. Da unser Gau noch keinen Pfennig besitzt und unsre Zahlstelle noch zu klein ist, etwas allein auszuführen, so sind wir der Meinung, daß uns die Zentrale finanziell unterstützt, damit wir den ganzen Distrikt für uns gewinnen. Zu Punkt Statistik erläuterte uns Kollege Werner, was eine gute Statistik für Nutzen bringt. Es sprachen sich zu diesem Punkte noch mehr Kollegen aus und alle Kollegen waren gewillt, ihre Statistik gewissenhaft auszufüllen. Als Statistiker wurde Kollege Will gewählt.

Essen (Ruhr). Am 24. Mai fand hier eine gut besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Erster Punkt der Tagesordnung war: Bericht der Kommission der Marmorarbeiter von der Firma Waßmann und Sohn. Die Kommission teilte uns mit, daß betreffende Firma auch den Marmorarbeitern eine kleine Lohnerhöhung bewilligt habe, und zwar in der Weise: Die Marmorhauer bekommen jetzt 43 Pfg. Stundenlohn und die Poliseure haben auch jeder 5 Pfg. die Stunde dazu bekommen. In Punkt 2 wurden Platzkassierer gewählt auf sämtlichen Plätzen, um dem ersten Kassierer die Sache etwas zu erleichtern. Dann ging man zum Punkt 3 der Tagesordnung, Verschiedenes, über. Kollege W. stellte uns nun unter anderm noch die Mängel der Agitation im Ruhrbezirk dar. Es seien in der Umgegend, wie z. B. in den Steinbrüchen in Broich-Werden-Kupferdreh und noch verschiedenen andern Brüchen viel Italiener beschäftigt. Es sei sehr angebracht, einen italienischen Agitator dorthin zu senden. Dann wurde auch die Umänderung der Gauleitung besprochen. Kollege Fritz könne den Posten nicht mehr so richtig besorgen, weil er meistenteils außerhalb arbeite und zudem wäre in Düsseldorf kein Kollege für den Posten heranzuziehen. Es wurde beschlossen, eine Konferenz dazu einzuberufen. Unter anderm ermahnte Kollege Neßhöfer die übrigen Kollegen an die Ausfüllung ihrer Statistik. Er betonte ferner, daß dies dringend notwendig wäre und auch das einzige Mittel sei, um klarzustellen, wie schädlich und ungesund unser Beruf ist. Dann wurden für die Budapester Kollegen 10 Mark aus der Lokalkasse bewilligt. Für die Iserlohner Arbeiter waren eingegangen 24.15 Mark und wieder 6.25 Mark. Es wurde nun auch festgestellt, daß wir unser Steinarbeiterfest am 12. Juli stattfinden lassen wollen. Zum 4. Punkt: Wie stellen sich die Essener Steinarbeiter zu der kommenden Reichstagswahl? referierte Genosse Jeldmeier. Er führte den Kollegen klar und deutlich vor Augen, wen sie am 16. Juni zu wählen hätten. Dann wurde zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige, in der Borussia stattfindende gut besuchte Steinarbeiterversammlung von Essen und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Jeldmeier einverstanden, und verspricht, dahin zu wirken, daß am 16. Juni jeder Steinarbeiter dem Arbeiter-Vertreter Paul Gräser seine Stimme gibt, für dessen Wahl nach Kräften agitiert werden soll. Nachdem noch verschiedene Redner zu der Sache gesprochen hatten, war Schluß der Versammlung.

Gotha. Am 5. d. M. fand eine mäßig besuchte Versammlung der Steinarbeiter statt. Bei der Wahl eines Schriftführers wurde Kollege P. Schmidt gewählt, bei der Wahl eines Delegierten zu der am 17. d. M. abgehaltenen Konferenz in Mühlhausen Kollege Kirchgäßner, beide nahmen das Amt an. Bei der Besprechung von Tarifangelegenheiten auf Platz Groß entspann sich eine längere Debatte und wurde beschlossen, jedes Vorgehen vorläufig der schlechten Konjunktur halber auf bessere Zeit zu verschieben. Im Verschiedenen wurde gerügt, daß Kollegen auf Platz Bautz unter dem ortsüblichen Tagelohn

arbeiten, dieselben wurden aufgefordert, baldigst das ihnen Zustehende zu fordern. Am 7. Mai machte sich eine zweite Versammlung nötig, zu der der Gauleiter Kollege Wagner aus Erfurt erschienen war. Auf Platz Bautz hatten zwei Maßregelungen stattgefunden; den Kollegen wurde zugemutet, unter dem Tarif zu arbeiten, außerdem gute Arbeit im Tagelohn, schlechte im Akkord zu machen. Es wurde beschlossen, eine Kommission sollte am darauffolgenden Tag mit dem Meister unterhandeln, was auch geschah und zu dem Resultat führte, daß ein Kollege wieder angestellt wurde, der andre Kollege reiste ab.

Hamburg II. Die Marmorarbeiter hielten am 19. Mai eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Siebold erstattete Bericht über die angebahnten Einigungsverhandlungen und bedauert den ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber. Diejenigen Kollegen, welche bisher die Meinung hatten, daß sich alles im guten regeln lasse, werden nun wohl gründlich kuriert sein. Die Ausflüchte der Arbeitgeber seien nicht stichhaltig, denn die Forderungen, die wir gestellt, seien zeitgemäß und würden schon teilweise gezahlt. Die neunstündige Arbeitszeit sei schon vor 13 Jahren von uns gefordert, doch ist der Streik damals verloren gegangen. Redner ging dann auf die Auslassungen einzelner Arbeitgeber ein. Einer hat uns sogar für verrückt erklärt. Es wäre dies ja eine bequeme Art, bei Lohnforderungen die Arbeiter einfach ins Irrenhaus zu stecken. Herr Wartenberg-Altona soll noch besonders erwähnt werden. Derselbe hat seinen Leuten (alle nicht organisiert) das Begleitschreiben der Forderungen vorgelesen und bei jedem Satz seine Glossen gemacht. Bei dem Passus, wo auf die Gesundheitsschädigung der langen Arbeitszeit hingewiesen wird, hat der Herr gemeint: Die Marmorarbeiter sollten man nicht soviel Schnaps trinken! Dabei gießt dieser Herr Wartenberg jeden Tag ein ziemliches Quantum hinter die Binde. Der Durst ist also bei ihm größer als wie bei uns. Es sei der reine Hohn, wenn man die Arbeitszeit in seiner Holzbude betrachte. Von Morgens 6—10 Uhr Abends, jeden Sonntag von 6—5, also 14 stündige Arbeitszeit, bei Löhnen, wie sie schon vor 10—15 Jahren üblich waren. Nun, die Sonntagsarbeit werden wir schon inhibieren. Siebold bemerkt dann noch, daß wir nach den Zugeständnissen, wie sie hier und dort gemacht sind, von der Durchführung des Tarifs Abstand nehmen müßten und nun die Pflicht hätten, das Bewilligte in allen Geschäften durchzudrücken, um so einer späteren Tarifvereinbarung die Wege zu ebnen. Nach kurzer Debatte wurde dann folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige gut besuchte Versammlung der Marmorarbeiter von Hamburg und Altona nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber in Sachen unsres Lohntarifs gegen die angebahnten Einigungsverhandlungen des Gewerbegerichts. Die Versammlung erblickt nach wie vor in einer Tarifvereinbarung die sichere Grundlage eines gesunden Arbeitsverhältnisses; nimmt aber unter den jetzigen Verhältnissen davon Abstand, den Tarif zur Anerkennung zu bringen. Die Versammlung erklärt sich mit den bisher gemachten Zugeständnissen der bessern Geschäfte von H. O. Aller einverstanden (9½stündige Arbeitszeit, 55 bis 60 Pfg. Lohn für Hauer, 47⅓ Pfg. = 27 Mark für Schleifer und 10 Pfg. Zuschlag für Ueberstunden) einverstanden und verpflichtet sich, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß diese Lohnsätze in allen Werkstellen durchgeführt werden." Ein Antrag Gr., am Mittwoch in den nicht geregelten Werkstellen vorstellig zu werden, und wenn die Arbeitgeber nicht wollen, die Arbeit niederzulegen, wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch verschiedene Anfragen erledigt und der Vorsitzende die nötigen Verhaltungsmaßregeln gegeben, war Schluß der Versammlung.

Anm. d. Schriftführers: Laut dem Versammlungsbeschluß kam es dann in den Werkstellen von R. Schönfeldt, W. Lohse, H. Bittkau, Samov gen. Hinich zum Streik. Während Lohse und Bittkau, nachdem die Kommission vorstellig geworden, bewilligte und die Kollegen am Freitag die Arbeit wieder aufnehmen, verharren die übrigen auf dem Herrenstandpunkt. Es befinden sich noch 16 Kollegen mit 18 Kindern in dem Ausstand. In 9 Werkstellen, welche hauptsächlich für uns in Betracht kommen, wird zu den neuen Bedingungen gearbeitet.

Mannheim. Eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung fand am 17. Mai hier statt. Genosse Nagel erstattete Bericht vom Bauarbeiterschutzkongreß in Berlin: Da heute die wirtschaftliche Macht auf Seiten der Besitzenden sei, so habe die Regierung den Arbeitern gegenüber notgedrungen eben nur dasjenige an Schutz gewährt, was nicht zu umgehen war. Es sei der Zweck des Kongresses gewesen, durch diese kolossale Demonstration, zu der sich 436 Delegierte eingefunden haben, die Regierung einen Schritt weiter zu drängen, damit alle diese zahllosen einzelnen, örtlichen Bestimmungen endlich einmal durch einheitliche Reichsgesetze ersetzt werden und durch richtige Ueberwachung derselben auch auf die richtige Einhaltung gedrungen werde. Der Kongreß sei zwar nicht in allen Punkten auf seine Rechnung gekommen, da die Regierung sich nicht habe vertreten lassen (es ging auch ohne dieselbe. Die Red.), allein ein Gutes, außer anderm für die Bauarbeiterschutzorganisationen, habe der Kongreß gehabt, da durch denselben die Mängel einer nicht einheitlich zentralisierten Organisation an den Tag gefördert wurden und der Kongreß also in dieser Richtung den nötigen Anstoß zu etwas besserem gegeben habe. Die Forderungen des Bauarbeiterschutzkongresses seien in der Ausstellung der Bauarbeiter der einzelnen Städte und Landesteile auf dem Kongreß zum Ausdruck gebracht worden. Bezüglich der einzelnen Ausführungen auf dem Kongreß verwies Redner auf das Protokoll des Bauarbeiterschutzkongresses. Zum Schluß des Berichts wurde dem Genossen Nagel der Dank der Versammlung für seine lehrreiche Berichterstattung ausgesprochen. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß sich die organisierten Steinarbeiter Franz Brand und Andreas Eitel wissentlich, mit Ueberlegung und ohne durch materielle Not gezwungen zu sein, wie dies nachgewiesen ist, außerdem die unorganisierten Steinarbeiter Holzmann und Friedrich Heller bei Meister Heckert in Arbeit begeben haben, trotz der über dessen Werkplatz verhängten Sperre, und somit Streikbrecherdienste verrichten. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Versammlung gibt dem ersten Vorsitzenden die Vollmacht, den Antrag auf Ausschluß der Steinhauer Franz Brand und Andreas Eitel aus dem Verbande beim Zentralvorstand zu stellen unter Motivierung der Gründe, die uns dazu veranlassen." Außerdem wurde, da eine weitere persönliche Vorstellung des Gauvorstandes bei Meister Heckert erfolglos verlaufen war, folgender weitere Antrag einstimmig angenommen: „Die Platzsperre über den Platz Heckert wird durch die heutige Versammlung aufs neue festgelegt und so lange aufrecht erhalten, bis sich Heckert bereit erklärt, dem Gauleiter gegenüber alle Forderungen, die gestellt wurden, anzuerkennen. Sämtliche Kollegen, die während dieser Zeit die Arbeit dort aufnehmen, werden als Streikbrecher proklamiert." Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, die restlichen 10.14 Mark freiwilliger Beiträge während des Streiks den streikenden Steinarbeitern von Budapest zu überweisen.

Mülhausen (Elsaß). Der Streik ist zu Gunsten der Kollegen beendet und wir haben einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die Firma Ph. Holzmann-Frankfurt a. M. mußte sich bereit erklären, sämtliche Streikende wieder einzustellen, auch wurde unsrerseits der Tagelohn von 5 Mk. pro Tag errungen. Diese Firma ist zwar immer bei der Hand auch in andren Orten unsre Organisation zu bekämpfen, hier mußte sie sich aber bereit erklären unsre Forderungen und auch unsre Organisation anzuerkennen. Für die Zahlstelle Mülhausen ist der Erfolg von größter Bedeutung, weil die Mitgliederzahl seit kurzem sehr in die Höhe schnellt, was bei dieser Bewegung nicht ohne Nachwirkung sein wird. Mülhausen als Zahlstelle hat sich sehr gehoben und die Kollegen sind bemüht, alles daran zu setzen, um gegen die Unbotmäßigkeiten der Unternehmer energisch Front zu machen. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß endlich die gesamten organisatorischen Verhältnisse unsres Verbandes in den Reichslanden sich künftig bessern.

Wir lassen nun nachfolgenden Vertrag, den die Firma Ph. Holzmann mit den Steinarbeitern abschloß, im Wortlaut folgen:

Die Firma Philipp Holzmann u. Ko. in Frankfurt a. M. verpflichtet sich hiemit, die nachbezeichneten Steinhauer (es folgen die Namen) zu den bei den hiesigen Arbeitgebern im Steinhauergewerbe üblichen Bedingungen, also 5 Mk. Taglohn bei 9stündiger Arbeitszeit resp. 56 Pfg. Stundenlohn vom 22. d. Mts. ab beim Bau der Fridolinskirche in Mülhausen einzustellen.

Die Firma Holzmann u. Ko. behält sich das Recht vor, ihren weiteren Bedarf an Steinhauer von auswärts zu decken insoweit wie die hier ansässigen, jetzt auswärts beschäftigten, verheirateten Steinhauer nicht spätestens am 22. d. Mts. nachgesucht haben.

Die hiesigen Steinhauer verpflichten sich dagegen, die von der Firma Holzmann u. Ko. etwa eingestellten fremden Steinhauer an der Arbeit nicht zu behindern und denselben keine sonstigen Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Firma Philipp Holzmann u. Ko. verpflichtet sich, aus dem Steinhauerausstand keinen Anlaß zu Maßregelungen herzuleiten.

Mülhausen, den 19. Mai 1903.

Philipp Holzmann u. Ko.
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
In Vollmacht: Keiaet.

München. Beim Pfauwirt tagte am 16. Mai eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Als 1. Punkt war die Stellungnahme der Münchner Kollegen zum ersten internationalen Steinarbeiterkongreß in Zürich angesetzt. Ein Redner sprach sich gegen eine Beschickung aus, weil, wenn die Geschäftsleitung einen von Norddeutschland und einen von Süddeutschland geschickt hätte, hätte der Verband rund 60 Mark profitiert, weil der Delegierte vom Süden bedeutende Reisespesen nicht zu machen brauchte. Beim zweiten Punkt: Platzkontrolle, erstattete Kollege Mittenmeier ausführlichen Bericht. An vielen Plätzen wurde der Kommission der Zutritt verweigert, und da, wo Zutritt gestattet war, hängt an den meisten Plätzen die Bundesratsverordnung nicht aus, und wo sie ausgehängt ist, sind größtenteils Mißstände vorhanden, die unbeschreiblich sind. So auf Platz Schneider an der Thalkirchnerstraße, wo zur Zeit ein drei Kubikmeter großer, roter Sandstein verarbeitet wird, ist es unmöglich, daß 2 Mann in diesem Loche arbeiten können. Steinmetzmeister Robert Kosenbach sandte folgende Zeilen an Kollegen M.: „Sie machten unlängst einen Besuch in meiner Werkstätte. Ich verbiete Ihnen sowohl. als auch jedem andern, meinen Platz zu betreten, da ich sonst von meinem Hausrecht Gebrauch machen werde. Robert Kosenbach." Unterm 3. Punkt, Verbandsangelegenheiten, wurde erwähnt, daß die Bauarbeiterschutzprotokolle herausgegeben worden sind und die Kollegen wurden aufgefordert, sich dieselben durch die Platzvertreter zu bestellen. Es wurde darauf hingewiesen, daß unsre Statistik abläuft und die Kollegen möchten diese gewissenhaft ausfüllen. Eine heftige Debatte entspann sich über den Pirmasenser Streik, da derselbe schon beendet und noch keine Sammellisten herausgegeben worden sind. Ein Antrag, der Wolfratshausener Glasarbeiter, die im Streik stehen, eingedenk zu sein, wurde angenommen. Dem Wahlfonds der Partei wurden 30 Mark bewilligt; ein Antrag, zwei Plakate anzuschaffen, wurde angenommen. Unregelmäßigkeiten, welche sich am Platz Geschwendtner herausgestellt haben, wurden den dort beschäftigten Kollegen zur Regelung übergeben. Der Vorstand fordert auf, bei der Reichstagswahl Mann für Mann einzustehen für die Partei, die Wahrheit, Freiheit und Recht auf ihre Fahne geschrieben hat. Der Kassierer ersuchte die Restanten, ihren Pflichten nachzukommen.

Schreiersgrün i. V. Am 23. Mai tagte hierselbst eine Mitgliederversammlung, welche sich hauptsächlich mit der Tarifangelegenheit befaßte. Der Vorsitzende erstattete Bericht, inwieweit die Sache eingeleitet worden ist, betonte, daß die Arbeitgeber sich nicht veranlaßt fühlen, mit der Lohnkommission zu verhandeln, um eine geregelte Lohn- und Arbeitsbedingung herbeizuführen, sondern suchen im Gegenteil Ursache, um die ihnen unliebsam gewordene Organisation zu zerstören. Die Schreiersgrüner Kollegen wollen sich nicht länger als Sklaven behandeln lassen, sondern die gerechten Forderungen, welche sie gestellt, zur Durchführung bringen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Gasthof Kurzenberg tagende Steinarbeiterversammlung protestiert energisch gegen die Handlungsweise der Unternehmer, welche zu keiner Verständigung, zur Einführung fester Lohn- und Arbeitsbedingungen zu haben sind. Die Versammlung beschließt, in der nächsten Versammlung andre Maßnahmen zu treffen, wenn von seiten der Unternehmer zu einer Kommissionssitzung wieder ausweichend geantwortet wird." Außerdem wurde ein Antrag angenommen, daß am 3. Pfingstfeiertag eine Kommissionssitzung sowie Versammlung einberufen wird. Sollten die Unternehmer nochmals unsret Kommissionssitzung aus dem Wege gehen, so sollen andre Wege eingeschlagen werden. Der Vorsitzende ermahnte noch die Kollegen, die Operation, mit welcher die Unternehmer Zwistigkeiten hervorrufen, zu parieren.

Budapest. Nach achtwöchentlicher Dauer endete heute der Budapester Steinmetzstreik mit einem nahezu vollen Erfolg der Steinmetzen. Es wurde eine öffentliche Steinarbeiterversammlung abgehalten, in welcher folgende Anträge von seiten der Meister vorgelegt wurden: Ein aus fünf Meistern und fünf Gehilfen bestehendes Komitee hat einen Tarif auszuarbeiten, der am 1. März 1904 ins Leben tritt; bis dahin gelten folgende Arbeitsbedingungen: Zehnprozentige Erhöhung der Akkordpreise mit Aufnahme der jetzt unvollendeten Stücke; Minimalstundenlohn von 50 Hellern bei Akkardarbeit, 60 Hellern bei Tagelohn, 70 Hellern bei komplizierten Arbeiten; 9stündige Arbeitszeit; die Akkordpreise werden vor Beginn der Arbeit vereinbart; Anerkennung des Vertrauensmännersystems der Arbeiter und deren Rechte; die Einhaltung der Werkstättenordnung; Aufstellung geschlossener und geheizter Werkstätten im Winter; Beistellung von Tagelöhnern zum Reinigen der Werkstätten und zum Holen der Mahlzeiten; Aufstellung von Schutzgittern. Die Lösung der übrigen Fragen, hauptsächlich die Lösung der Arbeitszeit bleibt dem Komitee überlassen. Des Streiks wegen darf niemand entlassen werden. Die Versammlung entschied sich durch Abstimmung für die Annahme dieser Punkte, wonach also der Streik für beendet erklärt wurde. Jedoch wurde die Beilegung des Lohnkampfes nur als Waffenstillstand bis 1. März 1904 betrachtet. Diese Kundgebung wurde beifällig aufgenommen und das Ende des Streiks beschlossen. Nur bei der Firma Ney, die 65 Gehilfen beschäftigte, wird der Streik fortgesetzt, bis der arbeiterfeindliche Polier Matrai entlassen wird. Mit diesem Beschluß war der mustergültig durchgeführte Streik zu Ende und Nachmittags wurde, mit Ausnahme in der Neyschen Werkstätte, die Arbeit überall aufgenommen.

Rundschau.

In 150 000 Exemplaren erscheint von nun an die Metallarbeiterzeitung. Dieser Fortschritt steht in der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig und allein da, und es ist ein Beweis, wie trotz der großen Krise die Gewerkschaftsbewegung nicht gehemmt werden kann.

Aus den Elbsandsteinbrüchen. Die letzte große Wand im Gebiete der Postelwitzer Sandsteinbrüche, die außerdem noch einen Ueberhang von 12 Metern aufwies, ist gefällt worden. Die Unterhöhlungsarbeiten gingen auf eine Tiefe bezw. Strecke von 15 Meter glatt vor sich, als man aber die gewaltige Steinmasse anschießen wollte, stellten sich zu wiederholten Malen Hindernisse ein, indem die Wand einigemal wieder in Ruhe kam. Dadurch wurden die Unterhöhlnngsarbeiten derart lebensgefährlich, daß keiner der dort beschäftigten Steinbrecher sich unter die Wand begeben konnte. Nachdem man am Montag abermals einige Sprengschüsse abgegeben hatte, kam sie wieder in Bewegung. Die üblichen Wachen wurden am Bruche und auf dem Elbwege, sowie an der Elbe ausgestellt. Vorgestern früh ½3 Uhr stürzte die Wand, die etwa 70 Meter hoch war und über 4000 Kubikmeter Gestein enthielt, auf den Arbeitsplatz hernieder.

Der dänische Steinarbeiterverband hielt in Allinga am 16. u. 17. April eine Konferenz ab, zu der 8 Vertreter aus 7 Filialen erschienen waren. Erster Gegenstand der Beratungen war der vorjährige große Ausstand, der sämtliche Mitglieder des Verbandes umfaßt hatte. Der Bericht wurde einstimmig gutgeheißen. Die Gesamteinnahme belief sich auf 47 836.73 Kronen, der eine Gesamtausgabe von 47 600.53 Kronen gegenüberstand. Eine angenommene Resolution mißbilligt es entschieden, wenn Filialen des Verbandes sich dazu hergeben, Streikbrecherarbeit zu verrichten und verpflichtet die Filialen, unter allen Umständen von solchem Tun Abstand zu nehmen. Mitglieder, die auf Grund restierender Beiträge aus dem Verbande ausgeschlossen werden, können für die Folge nur nach Begleichung ihrer Gesamtschuld wieder aufgenommen werden. — Der in Betracht kommende Ausstand, der durch einen Konflikt auf Bornholm hervorgerufen wurde, wurde nach 23wöchiger bezw. 11monatlicher Dauer siegreich beendet. Es war also eine schwere Feuerprobe, die bestanden zu haben dem Verbande zur Ehre gereicht.

Wie sich die Amerikaner vor der Einwanderung deutscher Arbeiter schützen wollen, wird in einem Schreiben illustriert, das die amerikanische Handschuhmacherorganisation an den deutschen Handschuhmacherverband richtete. Es wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß in Newyork und anderen amerikanischen Städten viel Arbeitslose sich befinden und trotz wiederholter Warnungen kommen fortdauernd Leute aus allen Ländern Europas zugereist, dazu kommt noch, daß in Gloversville circa 500 Handschuhmacher streiken. Aus diesen Gründen hat die amerikanische Handschuhmacherunion die Maßnahme getroffen, das Eintrittsgeld auf 100 Dollar, gleich 420 Mark, zu erhöhen. Da bei dem starken Einfluß der amerikanischen Unions Unorganisierte schwer Arbeit bekommen, ein Eintrittsgeld von 420 Mark aber für den eingewanderten Arbeiter schwer erschwinglich sein dürfte, so bietet sich dem auswanderungslustigen deutschen Handschuhmacher — und nicht bloß für diesen, denn andere amerikanische Arbeiterorganisationen haben ähnliche Maßnahmen getroffen — eine schlechte Perspektive für das Land der vielgepriesenen Freiheit. Etwas stark schutzzöllnerisch erscheinen solche Maßnahmen aber doch, mag man auch bis zum gewissen Grade ihre Berechtigung nicht bestreiten können.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Von den Lokalverwaltungen ist der vollständige Name und die Verbandsnummer von denjenigen Mitgliedern einzusenden, welche ausgeschlossen sind, damit sie im Steinarbeiter veröffentlicht und in der Mitgliederliste gestrichen werden können.

* * *

Albendorf hat sich als Zahlstelle wieder aufgelöst und ist darum als Reiseunterstützungsort zu streichen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Dresden. Die reisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Reiseunterstützung von nun an im **Volkshaus, Ritzebergstr. 2**, Zimmer 16, beim Vertrauensmann zwischen 11—1 Uhr Vormittags und von 4—6 Uhr Nachmittags ausbezahlt wird. Die Kollegen werden ersucht, dieser Weisung strengstens nachzukommen.

Der Vertrauensmann.

* * *

Hasserode a. Harz. Die Vertrauensleute werden ersucht, dem Steinmetz Franz Halser, geb. den 9. Juni 1876 zu Berg (Bayern), kein neues Buch auszustellen, da das seine in größter Unordnung hier liegt.

Joseph Werber.

Die Vertrauensleute dürfen ohne Nachweis überhaupt kein Buch ausstellen.

Der Zentralvorstand.

Anzeigen.

Hobelbandstahl
in vorzüglichster Qualität
Harte Steinhauer-Bleistifte
echte Rehbachsche, empfiehlt
Max Muster, Eisenhandlung, Chemnitz i. S.

Sehr lohnenden Verdienst kann sich jeder Hoch- u. Tiefbautechniker, Bauführer, Polier, Bauzeichner und sonstige Angestellte in bautechn. Betrieben auf vornehme Weise erwerben. Off. an Ernst Kahl, Berlin, Luisenstr. 1, erb.

Nachruf.

Am 2. Mai starb unser Kollege

Ludwig Föge

im Alter von 45 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverwaltung Berlin I.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.